

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren auswärtigen Vertretungen monatlich 2.80 M., vierteljährlich 8.40 M., durch die Post monatlich 3.20 M., vierteljährlich 9.60 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsbesitzern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolaistr. 11. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: Die 42 mm breite Kolonelle 60 Pf., die 90 mm breite Anzeigenzeile 1.20 M.; außerhalb: 75 Pf. 4. M., Anschlag 2. — bezw. 6. — M. Rabatt 12. Karst. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 200

Donnerstag, 29. April 1920.

74. Jahrgang

Der Zug zur Deutschen Volkspartei.

Das Ausscheiden des Herrn v. Kardorff aus der Deutschnationalen Volkspartei und sein Uebertritt zur Deutschen Volkspartei hat zur Folge gehabt, daß eine große Zahl Konservativer seinem Beispiele gefolgt ist. Die Uebertrittsbewegung aus dem konservativen ins völksparteiliche Lager dauert noch an.

Auch von links sind viele, die mit dem Verhalten der Demokratischen Volkspartei, insbesondere mit ihrer Stellung zum Generalkriegs, unzufrieden sind, zur Deutschen Volkspartei übergetreten. In Berlin stehen, wie man uns mitteilt, Verhandlungen mit führenden Politikern der Demokratischen Partei wegen ihres Anschlusses an die Deutsche Volkspartei vor dem Abschluß. Unter den Demokraten, die aus der Politik ihrer Partei einen Nutzen für das deutsche Volk nicht mehr erhoffen können, sind außer früheren Nationalliberalen, die in der Nationalität der ersten Zeit nach der Revolution glaubten, in der Demokratischen Partei die bürgerliche Mittelpartei erblicken zu sollen, auch solche, die vor der Revolution in der freisinnigen Politik eine Rolle gespielt haben. Die Ueberzeugung, daß die Deutsche Volkspartei berufen ist, das zu sein, was wir von Anfang an betont haben, nämlich eine bürgerliche Mittel- und Sammelpartei, bricht sich immer mehr Bahn. Die Ähnlichkeit zwischen der parteipolitischen Entwicklung nach der Reichsgründung und der nach der Revolution ist unverkennbar. Der Ruf zur damaligen Nationalliberalen Partei machte sie stark genug, um der ausfallende Helfer Bismarcks zu sein; sie erhielt den Beinamen „Partei der Reichsgründung“. Jetzt liegen alle Anzeichen vor, daß sie wieder stark genug werden wird, um die bürgerliche Partei der Reichsverfassung zu werden.

Die „Völk. Zeitung“ erzählt, tragen sich mehrere Persönlichkeiten, die früher in der fortschrittlichen Volkspartei an leitender Stelle standen und der Deutschdemokratischen Partei nach ihrer Gründung beitraten, mit der Absicht, ihren Austritt zu erklären.

Die gemeinsame Besprechung von Spa.

Berlin, 28. April. Durch den italienischen Geschäftsträger, Vizekonsul de Martino, wurde am 28. April dem Reichskonsul die Einladung der alliierten Regierungen zu den Besprechungen, die am 25. Mai in Spa stattfinden sollen, übergeben.

Brüssel, 28. April. Inbezug auf die Konferenz in Spa erzählt das: Der Oberste Rat dürfte beabsichtigen, die von Deutschland zu zahlende Entschädigung festzusetzen. Deutschland werde jährlich eine bestimmte Summe zu zahlen haben, die sich nach Maßgabe der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Reiches erhöht. Nach dem Abschluß des Uebereinkommens mit Deutschland werden die Alliierten unter sich die auf jeden von ihnen entfallende Summe festsetzen. Die bevorstehende Zahlung von 2½ Milliarden an Belgien bleibt bestehen.

Millerand über San Remo.

Paris, 29. April. Im Laufe der gestrigen Sitzung der Kammer gab Ministerpräsident Millerand Erklärungen über die Ergebnisse der Konferenz von San Remo ab. Die Türken würden in Konstantinopel bleiben. England habe die Oberhoheit in Palästina und Mesopotamien erhalten, Frankreich die Oberhoheit in Syrien. Deutschland dürfe vom Juli ab nur noch 10 000 Mann in der neutralen Zone halten, wie vertraglich festgesetzt sei. Jeder Gedanke an eine Revision des Vertrages sei ausgeschlossen. Die Entschädigungssumme werde alsbald festgesetzt werden. Ebenso seien sich die Alliierten über die eventuelle anzuwendenden Nachmittels einig. Millerand betonte nochmals, daß Frankreich nicht die geringsten Annexionsabsichten habe. Jede neue Annexion eines deutschen Gebietes würde nicht bloß ein Verbrechen, sondern eine Dummheit sein. Millerand verlas sodann die Erklärung der Alliierten, und fügte hinzu, daß mit dieser Kundgebung eine Periode der positiven Ausführung des Friedensvertrages beginne. Das Bündnis der Alliierten sei enger und stärker als je.

Die Krankenversicherungspflicht.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung hat eine neue Verordnung über die Krankenversicherung angenommen. Die Verordnung setzt die Grenze der Versicherungspflicht auf 15 000 M. fest. Die Nationalversammlung hatte bekanntlich die Grenze von 20 000 M. abgelehnt.

Wie steht's im Industriegebiet?

Die Lage an der Ruhr ist immer noch ungeklärt. Wahlen sollen beeinflussen die Stellen, die berufen sein sollten, wahrheitsgetreue Aufklärung zu geben und ohne Rücksicht auf Parteiwünsche die Ordnung wiederherzustellen. Eine Kommission von Parlamentariern hat sich vor einigen Tagen in das rheinisch-westfälische Industriegebiet begeben, um Einblick in die tatsächliche Lage zu gewinnen. Von amtlicher Seite wird über diesen Besuch folgendes berichtet:

Es wurde festgestellt, daß die Behörden zwar formell unbeschäftigt arbeiten, doch stehen sie noch unter einem gewissen Druck. So werden besonders von Remscheid noch Ueberrückstellungen der Kommunisten und Unabhängigen gemacht. Hier ist eine Minderheit von linksradikalen Stadtvorordneten einen Terror aus der Arbeiterschaft zu veranlassen, lag sie einen vollen Tag über dem zum Notensammel-Runde zählen müßte. Auch wurden Schriftleiter zum Verhör vor Vertreter dieser Parteigruppen durch Bewaffnete geholt usw. Die Presseberichte über die Bildung einer neuen Roten Armee und über plündernde Banden werden als unzutreffend bezeichnet. Von dem Kampf gegen die Regierungstruppen verwandten Waffen ist nur ein Bruchteil abgegeben worden. Es erhebt sich, so wird von unabhängiger Seite betont, daß Waffenlager für kommunistische Erhebungen vor den Ereignissen im Ruhrgebiet angehäuft worden seien. In Düsseldorf wurden bis zum 1. April 1000 Gewehre und 600 bis 700 Karabiner abgegeben, in Elberfeld bis zum 15. April 1800 Gewehre und 7 Maschinengewehre, in Barmen bis zum 15. April 12 000 Gewehre und 31 Maschinengewehre sowie größere Mengen Munition, in Remscheid 417 Gewehre, 12 Pistolen und 4 Maschinengewehre. Hausdurchsuchungen durch Patrouillen haben ebenfalls noch zu keinem Ergebnis geführt. Die heutigen Zustände werden von der parlamentarischen Kommission als unbefriedigend und gefährlich bezeichnet. Eine Sicherung sei lediglich durch eine starke staatliche Sicherheitspolizei möglich. Besondere Bedenken bereiten die Ortswehren in Düsseldorf und Remscheid, die in der Mehrzahl aus Angehörigen der Unabhängigen und Kommunisten bestehen. Die Düsseldorfer Ortswehr, die aus 1200 Mann besteht, sollte auf 600 herabgesetzt werden. Dieser Versuch ist gescheitert an der Weigerung der Angehörigen der Ortswehr, trotzdem keine Mittel zur Fortführung einer so hohen Mannschafft vorhanden sind. Ebenso ist man bei der Ortswehr in Remscheid und in Bogen auf Schwierigkeiten gestoßen. Große Verwirrung in die Lage kommt dadurch, daß die Linien auf ihrem Transport aus dem besetzten Gebiet die Transporte vorwärts verlagern und in der Gegend von Barmen und Remscheid sich herumtreiben. Bis zum 20. April sind insgesamt abgeliefert worden 29 000 Gewehre, 533 Karabiner, 450 Pistolen, 850 Seitengewehre, 14 Geschütze, 150 schwere Maschinengewehre, 115 leichte Maschinengewehre, 20 Minenwerfer, etwa eine halbe Million Infanteriemunition und etwa 10 000 Handgranaten usw.

Reichsminister Gessler äußerte in einer Unterredung: Aus allen Teilen des Ruhrgebietes werden wir überschwemmt mit Witten, die Reichswehr nicht ableiten zu lassen. Wenn wir dort mit zwei Batterien zurückbleiben, muß das Militärfliegerkorps beauftragt werden.

Rote Bestien.

Berlin, 28. April. Das außerordentliche Kriegsgericht in Wesel hat am 17. April den Eisenbahner Christian Kopp aus Duisburg wegen Mordversuchs und schweren Diebstahls zum Tode verurteilt. Kopp hat nach eigenem Geständnis am 28. März im Eisenbahnhof bei Wesel den dort im Keller mit drei anderen Gefangenen eingesperrten Leutnant Weber von einer Reichswehrbrigade eigenmächtig hervorgeholt und zusammen mit anderen Leuten im Hofe niedergeschossen. Die Täter ließen den durch einen Bauchschuß schwer verwundeten Offizier liegen, damit er noch mehr Schmerzen ausstehen solle. Später hat dann ein Führer der roten Armee dem Verurteilten mit einem Messer die Kehle durchgeschnitten. Kopp beugte darauf die Leiche. Bei dem Versuch, die Uhr des Ermordeten zu verkaufen, wurde er dann einige Tage später verhaftet. Der Reichspräsident lehnte es in diesem Falle ab, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen.

Zentrumsstimmen für einen sozialistischen Bürgermeister.

Als Nachfolger für den zweiten Bürgermeister Dr. Luppe in Frankfurt wurde der Reichssozialdemokrat Eduard Gräf, wie schon gemeldet, gewählt. Für ihn stimmten 38 Sozialdemokraten und 11 Zentrumsmitglieder. Alle anderen bürgerlichen Vertreter hatten für den demokratischen Kandidaten Dr. Bandmann gestimmt. Gräf ist gelernter Steinbruder, wurde später Arbeiterführer und war bis zuletzt Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt.

Aus dem besetzten Gebiet.

Französische Maßnahmen gegen den Wucher.

dz. Mainz, 29. April. In der hiesigen französischen Tageszeitung „Echo du Rhin“ war, wie berichtet, vor einiger Zeit angeregt worden, daß die französische Militärbehörde das Militärverbot über solche Geschäfte verhängen soll, die sich skrupellose Preiserhöhungen zu schulden kommen lassen. Diese Anregung ist jetzt verwirklicht worden. Ueber eine hiesige Buchhandlung wurde wegen übertriebener und unberechtigter Erhöhung des Verkaufspreises das Verkaufsverbot für französische Truppen verhängt.

Zur Befestigung Frankfurts.

Die deutsche Liga für den Völkerbund hat dem Sekretariat des Völkerbundes in London eine Denkschrift überreichen lassen, die darlegt, daß die Franzosen durch den Einmarsch in Frankfurt gegen die Satzungen des Völkerbundes verstoßen haben.

Die neuen Postgebühren treten noch nicht in Kraft.

Es ist heute noch unsicher, wann das Gesetz über die neuen Postgebühren in Kraft treten wird. Der Reichsrat hat gestern gegen das Gesetz das am letzten Samstag von der Nationalversammlung angenommen worden ist, Einspruch erhoben. Nach den Bestimmungen der Verfassung muß das Gesetz nochmal der Nationalversammlung vorgelegt werden. Der Reichspräsident kann eine Volksabstimmung anordnen oder der Reichsrat kann nochmal darüber beschließen. Zur Annahme ist aber eine Zweidrittelmehrheit nötig. Die meisten Abgeordneten sind zurzeit noch nicht mehr in Berlin. Sie halten in ihren Bezirken Wahlreden, während in Berlin wichtige Gesetze im Gange sind und ohne Teilnahme der wenigen Abgeordneten angenommen werden. Moderne Demokratie! Bei der Abstimmung über das Postgesetz waren von 411 Abgeordneten nur 75 anwesend und von diesen 75 stimmten 40 für das Postgesetz. Das also ist die sogenannte Mehrheit.

Der 1. Mai bei der Post.

Das Reichspostministerium verfügt, daß am 1. Mai der Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr wie an allen anderen Feiertagen zu ruhen ist. (Der Reichspostminister weiß anscheinend nichts davon, daß der 1. Mai als Feiertag von der Nationalversammlung abgelehnt worden ist. D. Red.)

Neuer sächsischer Ministerpräsident.

Der sozialdemokratische Parteitag in Weissen beschloß einstimmig, den früheren sächsischen Kultusminister Wilhelm Bud zum Ministerpräsidenten für Sachsen und damit zum Nachfolger Dr. Gradnauers vorzuschlagen. Bud wurde 1869 in Bauen geboren, wurde 1913 Reichstagsabgeordneter, nach der Revolution Kultusminister und trat im Oktober vorigen Jahres zurück, als die Koalition mit den Demokraten zerbrach.

Kriegsschiffe für Chile.

Santiago de Chile, 27. April. Fünf Kriegsschiffe werden an die chilenische Marine verkauft. Chile hat das Angebot Großbritanniens angenommen und erhält einen Dreadnought, drei Torpedobootzerstörer und ein Transportschiff. Der Dreadnought ist die „Ramona“, die ursprünglich für Chile in England gebaut wurde, aber von England für Kriegszwecke requiriert wurde. Die anderen Schiffe werden als Ersatz für einen zweiten Dreadnought von Chile angenommen.

Kurze Meldungen.

Die Landesversammlung hat den Gesetzentwurf betr. Bildung einer Neustadtgemeinde Berlin angenommen. Der Schriftleiter des „Rheinischen“, des unabhängigen Organs in Essen, Lauffe, wurde vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Verbrechens gegen § 110 des Strafgesetzbuches (Aufregung zum Ungehorsam) zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen. Zum ersten Male wohnte gestern der Berliner Stadtverordnetenversammlung ein Beamter der englischen Militärmission bei. Der bisherige demokratische Abgeordnete, Justizrat Alblach in Birkberg hat auf ein weiteres Aufstellen zum Reichstagskandidaten verzichtet. Aus Budapest wird gemeldet: Der Szegediner Oberstar, Dr. Poem, wurde gestern unter der Anklage, einem holländischen Journalisten gegenüber in geschäftlicher und vaterlandsverräterischer Weise über Ungarn und das ungarische Volk sich geäußert zu haben, nach eingehendem Verhör auf Veranlassung der Szegediner Staatsanwaltschaft verhaftet. Wie die Pariser Blätter berichten, nimmt Cailaux vorerst seinen Wohnsitz in Ramers. Der Aufenthalt in dem Departement Seine und Seine-Oise, im Elise, in den Kolonien und an einer Reihe anderer Orte von strategischer Bedeutung wurde ihm verboten.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 29. April.

Ausgabe dänischer Milch. Das Städtische Milchamt gibt bekannt, daß heute wieder dänische Milch auf Sondermilchmarken zur Verteilung gelangt. Durch geringere Anlieferungen können die Karten für alte Leute über 70 Jahre diesmal nur mit 1/2 Liter bedient werden. Im übrigen wird auf die diesbezügliche Bekanntmachung hingewiesen.

Städtische Oberrealschule. Die zweite Elternversammlung zur Beiprägung der Wahl zum Elternbeirat findet morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Saale der Schule am Bienenring statt.

Beamtenchaft und Deutsche Volkspartei. Über dieses Thema werden die Herren Mittelschullehrer Landgrebe und Lokomotivführer Seibert in einer öffentlichen Versammlung sprechen, die von der Deutschen Volkspartei in der Aula des Engens 2 am Hofplatz am Freitag, den 30. April, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet wird. Herr Landgrebe ist der 1. Vorwähler des Wahlverbandes Hessen-Nassau der Deutschen Volkspartei, Herr Seibert ist als Kandidat für die Reichstagswahlen an ausführender Stelle in unserem Wahlkreis aufgestellt.

Eisenbahnverkehr zur Frankfurter Messe. Anlässlich der zweiten Internationalen Messe vom 2. bis 11. Mai in Frankfurt sind folgende Verkehrsmaßnahmen getroffen worden: Der Schnellzug D 252 Köln-Mainz (Ankunft in Mainz 11.18 vorm.) wird vom 30. April bis 11. Mai bis Frankfurt durchgeführt. (Mainz ab 11.30 vorm., Frankfurt an 12.21 nachm.) In der Gegenrichtung wird der Schnellzug D 169, der abends um 6.51 in Mainz abfährt, während des gleichen Zeitraums in Frankfurt beginnen. (Frankfurt ab 5.21 nachm., Hirschheim ab 6.07, Mainz an 6.25, ab 6.51.)

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Kurhaus. Der nächste Tanz-Dee findet heute Donnerstag von 4-6.30 Uhr im kleinen Kurhaussaal statt. — Das 12. und letzte Zinfus-Konzert findet morgen Freitag, abends 6.30 Uhr im Kurhaus statt. Zur Aufführung gelangt durch Herrn Musikdirektor Schürich die 2. Symphonie in G-moll für Orchester, Sopran- und Altstimme, Chor und Orgel. Für die Altstimme ist die bekannte holländische Altistin Fräulein Meta Reidel gewonnen. — Auf das für Sonntag dieser Woche vorgesehene Polka- und Instrumental-Konzert des Wiesbadener Doppel-Quartetts unter Leitung des Musikdirektors Berner und unter solistischer Mitwirkung von Fräulein Meta Reidel (Alt) und Herrn Erna Brasching (Klavier) sei heute schon aufmerksam gemacht. Zum Vortrag gelangen internationale Volkslieder. Das Kurorchester unter Herrn Kapellmeister Irmer's Leitung bringt eine deutsche und eine holländische Orchesterpièce zu Gehör. Der Kartenerwerb an der Kasse ist im Kurhaus bereits begonnen.

Kursbericht der Frankfurter Börse

Staats-Anleihen.					
	V.K.	L.K.		V.K.	L.K.
5. Deutsche R.-Anl. 1-9	79.75	79.75	4 1/2. Osterr. Staats-Rente	39.25	37. —
4. „ „ „ „ „ „ „ „	76.50	76.50	4. Oesterr. Gold-Rente	61.50	60. —
3. „ „ „ „ „ „ „ „	68. —	67.50	2. Ost. einbezahl. Rente	—	—
2. „ „ „ „ „ „ „ „	74.50	75.50	1. Rumänische 1903	135. —	152. —
1. „ „ „ „ „ „ „ „	76.75	76.75	10. „ „ „ „ „ „ „ „	114.50	114.75
4. Preuss. Konsols	76.75	76.75	10. „ „ „ „ „ „ „ „	99. —	97. —
3. „ „ „ „ „ „ „ „	63.50	63.90	4. Rum. an. Rente	—	—
2. „ „ „ „ „ „ „ „	60.40	60.40	4. „ „ „ „ „ „ „ „	—	115. —
1. „ „ „ „ „ „ „ „	—	91. —	4. Türkische 1880	—	—
4. Bayer. Eisenb.-Anl.	66.75	66.75	—	116. —	114. —
3. „ „ „ „ „ „ „ „	69.50	69.95	4. Ung. St.-Rente 1914	61.50	61.50
2. „ „ „ „ „ „ „ „	64.60	63. —	4. „ „ „ „ „ „ „ „	68.50	66. —
1. „ „ „ „ „ „ „ „	87.50	87.50	4. „ „ „ „ „ „ „ „	—	—
4. Hessen	73.75	73.40	5. Mexiko, Innere	346.50	355. —
3. „ „ „ „ „ „ „ „	—	—	5. „ „ „ „ „ „ „ „	—	447. —
2. „ „ „ „ „ „ „ „	—	—	4. Mexik. Gold 1904	340. —	350. —
1. „ „ „ „ „ „ „ „	—	—			
5. Rumän. u. Herzog.	—	—			
5. Bulgar. Tabak	114. —	114.50			

Vollbezahlte Bankaktien.					
	V.K.	L.K.		V.K.	L.K.
Berliner Handelsges.	—	198. —	Frankfurter Hyp.-Bank	207. —	209. —
Comm. u. Diskontobank	198. —	198. —	4. „ „ „ „ „ „ „ „	—	152. —
Darmstädter Bank	157. —	157. —	Metallb. Metall.-G.	220. —	217. —
Deutsche Bank	313.50	310.80	Mitteld. Creditbank	155. —	154. —
„ „ „ „ „ „ „ „	139.75	137.75	Nationalbank f. D.	155.75	152. —
„ „ „ „ „ „ „ „	129.50	129.50	Oest. Kredit-Anst.	104. —	—
„ „ „ „ „ „ „ „	222.60	218.50	Oest. Landerbank	90. —	90. —
Diskonto-Gesellsch.	167. —	163. —	Platzsche Bank.	148. —	148. —
Disconto-Bank	171. —	174.75	Reichsbank	158.75	157. —